

# VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

**Extrablatt**  
30 Pfennig  
Februar 1990  
Solidaritätspreis: 1 Mark

Kontakt über:  
Redaktion VORAN, Hansaring 4  
D-5000 Köln 1, Telefon 0221/134504

# Arbeiterdemokratie in ganz Deutschland!

Vier Monate nach Beginn der Revolution in der DDR sehen viele Arbeiter, daß sich bisher nichts Grundlegendes verändert hat. Man muß immer noch die veralteten Maschinen flicken, die alte Betriebsleitung verwaltet das Chaos weiter. So sehen viele Menschen keine Möglichkeit, die Wirtschaft allein aus der Misere zu ziehen. Daher scheint die Vereinigung mit der BRD der schnellste Weg, die Industrie zu modernisieren, den Lebensstandard zu verbessern und die demokratischen Rechte zu sichern - mit dem Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherheit.

Seit Januar haben die Arbeiter Streiks gegen den Staatsapparat und für Verbesserungen geführt. Sie wollen sich selbst organisieren und gründen Betriebsräte. Die SPD als traditionelle Arbeiterpartei der deutschen Arbeiterklasse hat Zulauf. Die fest verwurzelte Schranke der Menschen nach Vereinigung wird bleiben, aber eines muß klar sein: Ob Vereinigung oder nicht, ohne den endgültigen Sturz der Bürokratie geht nichts! Laßt Euch nicht davon ablenken!

## Für die Vereinigung BRD/DDR

Das deutsche Volk ist natürlich nicht besser und nicht schlechter als jedes andere. Als Sozialisten lehnen wir nicht nur die primitive Verehrung Irrenden des Volkes ab, sondern auch seine Verdämmung. Das deutsche Volk hat das gleiche Recht auf Selbstbestimmung wie jedes andere. Nur die Deutschen haben das Recht zu entscheiden, ob es eine Vereinigung geben sollte - ohne Einnischung von Moskau und Washington.

Wir unterstützen die Vereinigung der Nation - auch der deutschen - als Grund- eine historisch fortschrittliche Entwicklung und als ein demokratisches Recht. Allerdings bekämpfen wir die unvermeidlichen Versuche des Großkapitals, die berechtigten nationalen Gefühle jedes Volkes auszunutzen, um seine Macht und seinen Reichtum auf Kosten anderer Völker zu vernehmen. Nationale Selbstbestimmung und Internationalismus sind für die Arbeiterbewegung kein Widerspruch. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß im Sog einer politischen Revolution der Arbeiterklasse gegen eine bürokratische Herrschaft, die durch eine fremde Macht errichtet wurde, die Forderung nach Einigung der Nation zusammen mit anderen demokratischen Forderungen auftaucht.

Dagegen hören wir Töne vom bösen deutschen Nationalismus, von der Kriegsschuld und von der Schuld des deutschen Volkes am Faschismus.

## Deutschland bis 1945

Das deutsche Großkapital hat stets das Interesse des deutschen Volkes vertreten, und dies wird sich heute auch nicht mehr ändern. 1848 kämpften die Arbeiter, Bauern, Handwerker und Kleinbürger für die Einigung der Nation und für die politische Demokratie wie in Frankreich 1789, als Mittel zur Verbesserung ihres Lebensstandards. Die Großbourgeoisie hatte Angst vor dem eigenen Volk und verriet es an die

Adeligen.

1870/71 übernahmen die preußischen Junker (Großgrundbesitzer) unter Bismarck die historische Aufgabe der Überwindung der Kleinstaaterei, wofür die deutschen Geschäftleute zu feige waren. Aber weil diese Aufgabe nicht durch die aktive Teilnahme des Volkes mittels eines demokratischen Aufstandes durchgeführt wurde, sondern durch Krieg und Diplomatie der preußischen Staatsbürokratie, wurde diese Errungenschaft von Anfang an verzerrt und reaktionär geprägt. Die preußische Armee war führend an der Niederschlagung der Pariser Kommune beteiligt; die Demokratie wurde von den Junkern begrenzt, die Sozialdemokratie unterdrückt. Der Mythos der „Aggressivität der Deutschen“ entstand trotz, nicht wegen des Volkes.

Die Geschichte des deutschen Nationalstaates in Europa ist die Geschichte eines aggressiven Imperialismus\*, der als spät geborenes Raubtier in Konflikt mit den britischen und französischen Raubtieren um die Beute getiet. Die deutsche Industrie brauchte Absatzmärkte und Kolonien, aber die anderen Imperialisten hatten die Welt schon unter sich aufgeteilt. Sie mußte neu aufgeteilt werden. Aus der Sicht seiner Konkurrenten war es das eigentliche Verbrechen Deutschlands, wirtschaftlich so erfolgreich und damit eine große Bedrohung zu sein.

So reaktionär wie die Herrschaft des deutschen Imperialismus waren auch alle Versuche, die Entwicklung der Produktivität Deutschlands von außen künstlich aufzuhalten. Die Reparationen und der Raub z.B. des Saarlandes nach dem 1. Weltkrieg setzten der sich im Niedergang befindenden britischen und französischen Imperialisten waren ein verzweifelter Versuch, die mächtige deutsche Industrie in eine Zwangsjacke zu stecken. Privateigentum an den Produktionsmitteln und der nationale Markt waren die Bremse der Entwicklung der Produktivkräfte.

Zwei Weltkriege und der Faschismus haben gezeigt, daß der Wunsch nach Frieden und Demokratie immer wieder in Krisenzeiten bedroht wird, solange eine Handvoll Unternehmer die Wirtschaft und den Staat beherrschen. Erst als die Opposition der Arbeiterbewegung gebrochen wurde, war der 1. Weltkrieg möglich. Erst als die organisierte Arbeiterbewegung von den Nazis vernichtet war, stand dem 2. Weltkrieg nichts mehr im Weg. Was für eine Frechheit, wenn bürgerliche Politiker und die stalinistische Bürokratie in Moskau, deren Regierung in den 30er Jahren abwechselnd Hitler unterstützten, dem deutschen Volk insgesamt die „Last der Vergangenheit“ um den Hals hängen.

## Gegen die Kollektivschuldthese

Die Kollektivschuldthese ist ein Versuch, die Rolle der deutschen und ausländischen Kapitalisten, die für die Machtübernahme der Nazis waren, damit diese einen Bürgerkrieg gegen die Arbeiterbewegung durchführten, zu vertuschen. Thyssen, Krupp und AEG verstecken sich in dem Volk, das sie

damals bekämpft haben!

Auch diejenigen Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler und Akademiker, die den Nazis angehörten, verbrachten den Mythos der Kollektivschuld, um ihre Rolle in diesem Nebel zu verstecken.

Die Auswirkung dieser Schuldpropaganda ist reaktionär: Sie schmüchelt die Arbeiterklasse ein, raubt ihr das Selbstbewußsein und erlaubt den wirklichen Verbrechern des Großkapitals, weiter die Herrschaft in der Gesellschaft innezuhaben.

Viele Leute wissen, daß - nach der Machtübernahme Hitlers - bei den Betriebsratswahlen 1933, den letzten Wahlen mit verschiedenen Listen, die Nazi-Liste NSBO weniger als 5% der Stimmen bekam? Daß 40.000 deutscher Widerstandskämpfer im 2. Weltkrieg von den Nazis hingerichtet wurden? Daß die Arbeiter 1945 in vielen Städten Antifa-Komitees und Betriebsräte bildeten, um eine echte Säuberung durchzuführen, bis sie von den englischen, amerikanischen und sowjetischen Armeen verboten wurden?

Faschismus herrschte in Portugal und Spanien 48 bzw. 40 Jahre lang, mit Unterstützung der westlichen bürgerlichen Demokraten, aber keiner wird dem spanischen oder dem portugiesischen Volk vor, faschistisch zu sein! Mit der Kollektivschuldthese soll die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung verdrängt und die Rolle der Unternehmer verschleiert werden. Alle demokratischen Errungenschaften der letzten 150 Jahre wurden von der Arbeiterklasse gegen die Bestrebungen der Kapitalisten erkämpft. Und auch die demokratische Forderung der Vereinigung der Nation wird nur die Arbeiterklasse in die Tat umsetzen können - gegen den Widerstand des Kapitals und der stalinistischen Bürokratie. Unter der Führung der bundesdeutschen Kapitalisten könnte dieser an und für sich progressive Schritt nur einen reaktionären Charakter haben.

Aber dies ist heute keine Alternative, zu groß ist die Angst der Unternehmer vor einer vereinten deutschen Arbeiterklasse.

## Die Vereinigung Deutschlands - gegen die Interessen der Imperialisten und Stalinisten

Die Teilung Deutschlands und der kalte Krieg zwischen den Stalinisten und Imperialisten war reaktionär. Die Völker Irlands, Zyperns, Koreas, Jemens und Deutschlands leiden unter einem schmerzhaften Schnitt durch den lebendigen Körper der Nation. Es ist nicht nur ein Problem für ausmündig dergestimmte Familien - jetzt haben die Arbeiter der DDR das demokratische Recht auf Freizügigkeit erkämpft -, sondern die Hemmung der Wirtschaft und vor allem die Spaltung der Arbeiterklasse, die den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft erschwert.

Wir sind für die Einheit, d.h. Vereinigung der deutschen Nation - wie dieses Ziel kann in absehbarer Zeit nur durch die Arbeiterbewegung erreicht werden, und zwar gegen die Interessen

der Bürokraten und Kapitalisten nicht nur in DDR und BRD, sondern auch in Moskau, Paris, London, Washington.

Während die Arbeiter in ganz Osteuropa nach und nach aufbegehren gegen die Herrschaft des Stalinismus, arbeiten die „Erzfeinde“ USA und UdSSR enger zusammen, denn beide haben Angst vor der Bewegung oder gar der Herrschaft der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie und die Bürokratie brauen einander als Feindbild und Alibi, um die eigene Arbeiterklasse abzulenken. Der „totalitäre Kommunismus“ und der „drohende Imperialismus“ sollen die Arbeiter zurückhalten und dadurch die jeweiligen Herrschenden retten. Das war auch die Bedeutung der „Stabilität“ in Europa der letzten 40 Jahre.

In Wirklichkeit hatten bisher weder der Warschauer Pakt noch die NATO Interesse an einem (ungewinnbaren) Krieg. Nach 1945 haben die westlichen Kapitalisten ihren Traum, ihr System im Osten wiederherzustellen, aufgegeben, und die Bürokratie hat genug zutun, die eigene Arbeiterklasse niederzuhalten, ohne eine demokratisch geprägte Arbeiterklasse in Westeuropa unterdrücken zu müssen. Die für die Herrschenden wirtschaftlich notwendige Abrüstung und Entspannung hat die Angst der Arbeiter vor einem Krieg „unkontrollierbar“ geworden.

Dadurch kommt die Existenz der Bürokratie in Gefahr, der „Sozialismus“ würde seinen schlechten Ruf verlieren, wenn die Bürokratie gestürzt würde, ein Hindernis im Kampf der Arbeiter im Westen gegen das Kapital wäre aus dem Weg geräumt.

Die Herrschenden in Ost und West wollen heute „Stabilität“, d.h. die Stabilität ihrer Herrschaft, die Einheit BRD/DDR begehen sie als große Gefahr. Im Gegensatz zu ihren Vorstellungen bis in die 50er Jahre hinein würde die Kreml-Bürokratie heute auch eine „Vereinigung auf kapitalistischer Grundlage zu verhindern suchen, wenn diese möglich wäre. Sie kann es sich nicht leisten, die DDR aus ihrem Machtbereich zu verlieren. Ein vereinigtes Deutschland als NATO-Mitglied würde die internationalen Kräfteverhältnisse stören. Außerdem wäre es ein Signal für die unterdrückten Nationalitäten der UdSSR, selbst ihre Unabhängigkeit zu erklären und sie durchzusetzen.

Besonders Großbritannien und Frankreich, aber auch die anderen Staaten Westeuropas sehen in einer deutschen Wirtschaft mit 80 Millionen Einwohnern eine enorme Bedrohung. Allein die deutsche Bourgeoisie ist dabei, durch wirtschaftliche Methoden über die EG das zu schaffen, was sie zweimal durch militärische Methoden verfehlte: die Vorherrschaft in Europa. Ein kapitalistisches Gesamtdeutschland hätte wiederum die besten Voraussetzungen, den Handel mit Osteuropa zu beherrschen.

Natürlich hätten die BRD-Unternehmer sowas gerne, aber nur unter politischen Bedingungen, die heute nicht vorhanden sind, nämlich mit einer „geschwächten, gebändigten Arbeit-

terklasse und mit politischer Stabilität in Europa. Außerdem wissen sie genau, daß die „Siegermächte“, die die BRD gründen, und die Handelspartner der EG ein faktisches Veto haben. Bush hält die Zustimmung der Deutschen für die Vereinigung zwar für eine „notwendige Voraussetzung“, aber nicht für „ausreichend“.

In Zukunft werden die Siegermächte des 2. Weltkrieges ihre „Rechte“ einfordern, die sich daraus ergeben, daß es keinen Friedensvertrag gibt. Dies kann das mächtigste Hindernis der Arbeiter im Kampf um die Einheit werden. So können heute die westliche Entscheidungsgänge des vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählten Senats rückgängig machen. Diese Karte werden die Siegermächte, wenn es „ernst“ wird, gegen die Arbeiterklasse ausspielen.

## Kohls Wieder-Vereinigungspropaganda

Warum bekennst sich denn fast jeder Politiker zur „Wiedervereinigung“? Warum präsentierte Kohl im Bundestag seinen 10-Punkte-Plan zur Konföderation ohne Absprache mit der FDP oder den Alliierten?

Die Regierung jedes geteilten Landes muß sich zum Ziel der Einigung des ganzen Landes bekennen, um Legitimation als Volksvertretung zu schaffen. Seit der Teilunabhängigkeit 1920 spricht jede bürgerliche Regierung in Dublin im Namen der ganzen irischen Insel, obwohl sie mit der britischen Herrschaft in Nordirland zusammenarbeitet.

Was Kohl macht, ist reiner Wahlkampf. Mit deutschlandpolitischer Pirasendreserei versucht er von den Problemen der BRD abzulenken. Profitieren auf dem Rücken der Arbeiter in der DDR sieht er als Chance, die Bundestagswahl zu gewinnen. Dabei ist die CDU Gefangene ihrer eigenen Vergangenheit: 40 Jahre lang hat sie nationalistische Propaganda betrieben, um konservative Wähler, Vertriebenen usw. an sich zu binden. Jetzt muß sie so tun, als ob sie für die Wiedervereinigung wirklich kämpfen würde.

Kohls Auftreten und seine Bundestagsrede ging aber weiter als die eigentlichen Interessen der herrschenden Klasse, wie die öffentlichen Ohrfeigen Genschers und von Weizackers zeigten. Deshalb wurde Kohl gezwungen, seine Propaganda etwas zu entschärfen.

Die Besuche Kohls und Mitterands in der DDR im Dezember 1989 haben, hinter der Kulisse, ihre wirklichen Positionen gezeigt: In der Öffentlichkeit bekannten sie sich zur Wiedervereinigung, hinter geschlossenen Türen arbeiten sie aber weiter mit der DDR-Bürokratie zusammen und versuchen sie zu stabilisieren. Frankreich ist für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen - aber „heute noch nicht“.

Bush und Gorbatschow haben auf Malta das Schicksal der deutschen Nation und die Fortsetzung der Teilung Europas in zwei Militärbündnisse genauso zynisch entschieden wie Stalin, Roosevelt und Churchill auf Jalta.

Wie kann nun Kohl unter diesen Umständen sein Gesicht wahren? Wie kann er den Eindruck erwecken, er würde etwas tun, um das Ziel zu erreichen? Er greift auf den alten Vorschlag Walter Ulbrichts zurück: eine „Konföderation“. Theater soll die wirkliche Vereinigung ersetzen. Was nutzt eine „Konföderation“, die so aussieht, daß sich in Berlin Vertreter von Bundestag und frei gewählter Volkskammer zusammensetzen und Grenzfragen und Umweltschutz diskutieren? Unter „Konföderation“ stellt sich Kohl nichts anderes vor, als was, was heute auch schon existiert, es soll nur mit mehr Symbolen ausgestattet werden. Kein Wunder, daß sich die DDR-Regierung zur „Konföderation“ zustimmend äußert.

